

Angelina Keil

# Wirtschaftschronik

## IV. Quartal 2016

### Wirtschaftschronik. IV. Quartal 2016

Das englische Parlament stimmt für den Antrag auf EU-Austritt nach Art. 50 EU-Vertrag. Die Austrittserklärung soll bis spätestens 31. März 2017 erfolgen. Das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada (CETA) wird nach großen Widerständen in einigen EU-Ländern und nach positiver Beantwortung eines Eilantrages beim deutschen Bundesverfassungsgerichtshof unterzeichnet. Der Vertrag zur Trans Pacific Partnership (TPP), dem das japanische Parlament zustimmt, wird in den USA vom Präsidentschaftskandidaten Donald Trump schon im Wahlkampf abgelehnt. Erstmals seit 2001 einigen sich OPEC und einige Nicht-OPEC-Länder auf eine Kürzung der Erdölfördermengen. – Der neuverhandelte Finanzausgleich, der ab 2017 jährlich Steuereinnahmen von mehr als 80 Mrd. € zwischen Bund, Ländern und Gemeinden verteilt, weist Ansätze von Aufgabenorientierung und Steuerautonomie auf. Durch die Annahme des Rückkaufangebotes der Gläubiger der HETA scheint die Insolvenzgefahr für das Land Kärnten nun abgewendet zu sein.

### Calendar of Economic Events. Fourth Quarter 2016

The UK Parliament voted in favour of Brexit under Article 50 of the EU Treaty. The CETA agreement between EU and Canada was signed after considerable resistance in some EU member countries and once the German Constitutional Court had approved an urgent application. TPP, passed by the Japanese parliament, was rejected by Donald Trump already when he was a candidate for the US presidency. For the first time since 2001, OPEC and some non-OPEC countries agreed to cut their crude oil outputs. – The newly negotiated revenue sharing agreement, which shares out among federal, Länder and community authorities annual tax takings of more than 80 billion €, shows some indications of task-orientation and tax autonomy. With HETA creditors accepting the buy-back offer it appears that the Land of Carinthia is no longer at risk of becoming bankrupt.

### Kontakt:

**Mag. Angelina Keil:** WIFO, 1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, [angelina.keil@wifo.ac.at](mailto:angelina.keil@wifo.ac.at)

**JEL-Codes:** D02, E02, N00 • **Keywords:** Chronik, Institutionen, Österreich, EU, international, Wirtschaftspolitik

Abgeschlossen am 31. Dezember 2016.

**Begutachtung:** Christian Glocker, Margit Schratzenstaller

## 1. Ausland

**5. Oktober:** Wie der "Global Financial Stability Report" des IWF zeigt, weisen 40% der Staatsanleihen von Industrieländern negative Erträge auf. Ein Viertel der 280 analysierten Banken in Industrieländern (70% in den USA und Europa, insgesamt 11,5 Bio. \$ und ein Drittel des europäischen Bankensystems) sind strukturschwach und erzielen keine Gewinne.

*IWF: Global Financial Stability Report*

**13. Oktober:** Das deutsche Bundesverfassungsgericht entscheidet aufgrund von Eilanträgen zum Freihandelsabkommen CETA, dass ein Ratsbeschluss über die vorläufige Anwendung nur die Bereiche von CETA umfassen wird, die unstreitig in der Zuständigkeit der Europäischen Union liegen, und dass die Auslegung des Vertrages (Art. 30.7 Abs. 3c) eine einseitige Beendigung der vorläufigen Anwendungen ermöglicht.

*Deutschland: CETA*

**20. Oktober:** Nachdem der Stresstest der Bank of England Eigenkapitalschwächen aufgedeckt hat, benötigt die Royal Bank of Scotland zusätzliches Kapital von 2 Mrd. £.

*Royal Bank of Scotland: Stresstest*

**20.-21. Oktober:** Im Mittelpunkt der Tagung des Europäischen Rates stehen die Migration und der Schutz der Außengrenzen. Die Einrichtung der Europäischen Grenz- und Küstenwache sowie die nationalen Bemühungen zum Grenzschutz sind ein wichtiger Schritt zur Stärkung der Kontrolle über die EU-Außengrenzen und zur Wiederaufnahme der Schengen-Regeln. Die Mitgliedsländer erwarten eine rasche An-

*EU: Ratstagung*

nahme überarbeiteter Schengen-Regeln, um systematische Kontrollen an den EU-Binnengrenzen durchzusetzen und Reisende ohne Visumpflicht vorab kontrollieren und ihnen gegebenenfalls die Einreise verweigern zu können. Zur Bewältigung der Migrationsströme soll die illegale Migration entlang der Mittelmeerroute verhindert werden und die östliche Mittelmeerroute fortlaufend verschärft überwacht werden. Andere Routen werden weiter im Auge behalten, um auf etwaige Entwicklungen rasch reagieren zu können.

EU-Kanada: CETA

**30. Oktober:** Die Vertreter der EU und der kanadische Premierminister Trudeau unterzeichnen das Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA). Erst kurz zuvor stimmte das Wallonische Regionalparlament zu, sodass der Vertrag einstimmig angenommen werden konnte.

USA: Präsidentenwahl

**8. November:** Donald Trump wird zum 45. Präsidenten der USA gewählt.

Indien: Währungstausch

**9. November:** Im Kampf gegen Korruption und Geldfälscherei werden in Indien ohne Vorankündigung Banknoten mit dem Wert von 500 Rupien (7 €) und 1.000 Rupien als Zahlungsmittel nicht mehr akzeptiert. Davon sind 86% des im Umlauf befindlichen Bargeldes betroffen. Bis Jahresende können pro Person täglich 4.000 Rupien in neue Scheine getauscht werden, wobei in der ersten Woche Bareinzahlungen auf Konten möglich sind. Ab einer Einzahlung von 250.000 Rupien werden die Steuerbehörden informiert. Logistische Probleme, die Unterversorgung mit neuen Geldscheinen und der mangelnde Ausbau des bargeldlosen Zahlungsverkehrs haben erhebliche Versorgungsengpässe zur Folge.

EU: Herbstpaket

**16. November:** Das "Herbstpaket" bildet den Auftakt zum europäischen Semester 2017. Es bewertet u. a., ob die Budgetpläne der Euro-Länder den Vorgaben des Stabilitätspaktes entsprechen. Dies wird für Deutschland, Estland, Luxemburg, die Niederlande und die Slowakei bestätigt. Weitgehend entsprechen die Pläne von Frankreich, Irland, Lettland und Österreich. Für Belgien, Italien, Finnland, Litauen, Portugal, Slowenien, Spanien und Zypern sieht die Europäische Kommission ein erhöhtes Risiko, die Budgetvorgaben zu verfehlen. Erstmals ermutigt die Kommission jene Länder, die haushaltspolitischen Spielraum haben (z. B. Deutschland) zu einer expansiveren Finanzpolitik. Eine fiskalische Lockerung im Ausmaß von 0,5% des BIP im Jahr 2017 wäre im Euro-Raum wünschenswert, um die Auslastung der Produktionskapazitäten zu steigern.

EU, USA: Russland-Sanktionen

**18. November:** Anlässlich eines Treffens in Berlin bekräftigen die Staats- und Regierungsoberhäupter der USA, Deutschlands, Spaniens, Großbritanniens, Frankreichs und Italiens, die Sanktionen gegen Russland beizubehalten.

Türkei: Zinssatzanhebung

**24. November:** Die türkische Notenbank erhöht überraschend den Zinssatz für einwöchige Repogeschäfte von 7,5% auf 8%. Seit dem Militärputsch im Juni 2016 verliert die Währung stark an Wert, die Inflationsrate lag im Oktober bei 7,2%.

EU: Energiepolitik

**30. November:** Die Europäische Union stellt ein Maßnahmenpaket zur Energiepolitik vor, um die CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2030 um mindestens 40% (gegenüber 1990) zu verringern. Es sieht die verbindliche EU-weite Steigerung der Energieeffizienz um 30% bis 2030 durch Verbesserung der Gebäude- und Produkteffizienz sowie bessere Verbrauchsinformation vor und die Steigerung des Anteils erneuerbarer Energie auf mindestens 27% des Gesamtenergieverbrauches bis 2030. Eine Neuregelung des Strommarktes zur Stärkung des Wettbewerbes und Anpassung an den erhöhten Ökostromanteil ist vorgesehen. Verbraucher sollen das Recht haben, Strom für den Eigenbedarf zu erzeugen, zu speichern, zu teilen oder den Strom auf dem Markt zu verkaufen. Betreibern von konventionellen Kraftwerken sollen für die Bereitstellung von Strom zum Ausgleich von Kapazitätsschwankungen in der Ökostromerzeugung abgolgten werden.

OPEC: Fördermenge

Die OPEC-Länder beschließen in ihrem "Vienna Agreement", die Rohölfördermengen ab 2017 auf 32,5 Mio. Barrel pro Tag einzuschränken. Eine Kooperation mit Nicht-OPEC-Ländern soll institutionalisiert werden.

Griechenland: Schuldenerleichterung

**5. Dezember:** Der ESM-Chef Klaus Reining und die Finanzminister der Euro-Länder schlagen kurzfristige Schuldenerleichterungen für Griechenland vor. Diese umfassen

die Erhöhung der durchschnittlichen Laufzeit von Krediten aus dem Euro-Krisenfonds EFSF von 28 auf 32,5 Jahre, den Verzicht auf einen 2017 fälligen Aufschlag auf die Zinsen für eine Tranche des zweiten Kreditpaketes und eine Herabsetzung der Zinssätze. Die Maßnahmen sollen die Schuldenquote im Jahr 2060 um 20 Prozentpunkte des BIP verringern. Die Finanzminister unterstützen einen Vorschlag der Kommission zur Erweiterung des Juncker-Fonds (Europäischer Fonds für Strategische Investitionen – EFSI). Dieser soll bis 2020 verlängert werden, sein Investitionsvolumen soll von bisher höchstens 315 Mrd. € auf 500 Mrd. € erhöht werden.

**6. Dezember:** Das deutsche Bundesverfassungsgericht entscheidet über die Klage der Energiekonzerne E.on, RWE und Vattenfall, dass das Gesetz zum Atomausstieg 2011 zwar keine Enteignung sei, spricht den Energiekonzernen jedoch ein Recht auf Entschädigung für Investitionen zu, die im Vertrauen auf den Bestand der Rechtslage getätigt wurden.

**7. Dezember:** Einen Monat nachdem das Höchstgericht in England (High Court) entschieden hat, dass für den Austritt aus der EU die Zustimmung des Parlaments benötigt wird, stimmt dieses für den Antrag auf EU-Austritt nach Art. 50 EU-Vertrag. Dieser soll bis spätestens 31. März 2017 gestellt werden.

**8. Dezember:** Die Europäische Zentralbank verlängert wegen der anhaltend niedrigen Inflation ihr Anleihenankaufprogramm (Asset Purchase Programme – APP) bis Ende 2017. Ab April 2017 werden die Ankäufe von derzeit 80 Mrd. € monatlich auf 60 Mrd. € zurückgehen. Ab Jänner 2017 werden auch Anleihen mit einer Restlaufzeit von weniger als 2 Jahren angekauft.

Der griechische Premierminister Tsipras kündigt eine dreizehnte Pensionsauszahlung an 1,6 Mio. Pensionisten und Pensionistinnen mit einer Pension von weniger als 850 € monatlich an. Die Budgetbelastung wird mit 617 Mio. € veranschlagt.

Der türkische Ministerpräsident Yildirim kündigt ein Konjunkturpaket für kleine und mittelständische Betriebe im Umfang von 68 Mrd. € und ein Berufstrainingsprogramm für 500.000 Personen an. Das Wirtschaftswachstum liegt 2016 mit 2,9% deutlich unter dem zehnjährigen Durchschnitt, die Arbeitslosenquote erreicht 11,3%.

**9. Dezember:** Das japanische Parlament stimmt für das Transpazifische Handels- und Investitionsabkommen (Trans Pacific Partnership – TPP). Der designierte Präsident der USA Donald Trump möchte am ersten Tag seiner Amtsführung den Freihandelsvertrag aufkündigen.

**10. Dezember:** Die erdölexportierenden Länder der OPEC und die Nicht-OPEC-Länder Russland, Aserbaidschan, Kasachstan, Oman, Mexiko, Sudan, Südsudan, Bahrain und Malaysia einigen sich erstmals seit 2001, die Fördermengen einzuschränken. Ab 2017 werden die OPEC die tägliche Fördermenge um 1,2 Mio. Barrel und die Nicht-OPEC-Länder um 560.000 Barrel senken.

Oliver Hart und Bengt Holmström erhalten den Alfred-Nobel-Gedächtnispreis für Wirtschaftswissenschaften ("Wirtschaftsnobelpreis") für ihre Beiträge zur Vertragstheorie.

**14. Dezember:** Die Notenbank der USA erhöht die Leitzinssätze um 0,25 Prozentpunkte. Die Federal Funds Rate liegt nun bei 0,75%.

**15. Dezember:** Die 27 Staats- und Regierungsoberhäupter der Europäischen Union und die Präsidenten des Europäischen Rates und der Europäischen Kommission wollen mit Großbritannien Austrittsverhandlungen beginnen, sobald die Austrittserklärung Großbritanniens gemäß Art. 50 EU-Vertrag vorliegt. Die Vertreter der Europäischen Union legen fest, dass der Zugang zum Binnenmarkt an die Voraussetzung geknüpft ist, die vier Freiheiten zu akzeptieren.

**21. Dezember:** Das italienische Parlament genehmigt eine zusätzliche Kreditaufnahme von 20 Mrd. € für die Stützung der insolventen Banken. Die Banca Monte dei Paschi di Siena (MPS) benötigt laut EZB bis Jahresende bis zu 8,8 Mrd. €. Der italienische Staat wird 6,6 Mrd. € beitragen, institutionelle Investoren sollen für den verbleibenden Betrag von 2,2 Mrd. € aufkommen. Die Staatsverschuldung beträgt 2,2 Bio. €, 133% des BIP.

Deutschland: Energieerzeuger

Großbritannien: EU-Austritt

EU: APP

Griechenland: Pensionen

Türkei: Konjunkturpaket

Japan: TPP

Rohölförderung

Nobelpreis

USA: Leitzinssatzanhebung

EU: EU-Austritt Großbritanniens

Italien: Bankenhilfe

## 2. Österreich

Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds

**10. Oktober:** Das Angebot des Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds KAF wird von 99,55% der Vorranggläubiger und 89,42% der Nachranggläubiger der HETA akzeptiert. Das Angebot galt für vorrangige Anleihen im Ausmaß von 9,92 Mrd. € und nachrangige Anleihen im Ausmaß von 893 Mio. €. Die Gläubiger entschieden sich für den Umtausch in vom Bund garantierte Nullkuponanleihen mit einer Laufzeit von 15,3 Jahren, nachrangige Gläubiger für eine Laufzeit von 52 Jahren<sup>1)</sup>. Die Finanzierung erfolgt durch die Verwertung des Vermögens der HETA, die bis 2020 zu 80% abgewickelt werden soll, und durch das Land Kärnten mit einem Beitrag mit 1,2 Mrd. durch Auflösung des Zukunftsfonds sowie durch mittel- und langfristige Kredite. Der Bund stellt eine Vorfinanzierung bereit.

Hypo-Untersuchungsausschuss

Der Endbericht des parlamentarischen Hypo-Untersuchungsausschusses wird veröffentlicht. Folgender Reformbedarf wird von allen sechs Parlamentsparteien außer Streit gestellt: Für eine geordnete Entschuldung der Bundesländer und eine geordnete Mitverantwortung der Gläubiger ist die Einführung eines Insolvenzrechtes für Bundesländer ratsam. Landeshaftungen sollen aufgrund der massiven wirtschaftlichen Risiken gesetzlich beschränkt werden. Trotz bisheriger Reformen besteht im Bereich der Bankenaufsicht sowie der Staatskommissäre und Staatskommissärinnen Reorganisationsbedarf. Die Bestellung von Wirtschaftsprüfern, die als Prüfende und Auftragnehmer von Banken eine Doppelrolle einnehmen, soll neu geregelt werden.

Maßnahmenpaket Wirtschaft und Arbeitsmarkt

**25. Oktober:** Die Bundesregierung stellt ein Maßnahmenpaket zu Wirtschaft und Arbeitsmarkt vor. In den Jahren 2017 und 2018 werden den Klein- und Mittelbetrieben 175 Mio. € als Investitionszuwachsprämie bereitgestellt. Die Prämie soll Investitionen im Ausmaß von 1,2 Mrd. € auslösen und 2.500 Arbeitsplätze schaffen. Nach einer Evaluierung soll auch die Forschungsprämie ab 2018 erhöht werden. Zur Verhinderung einer Kreditklemme wird eine Finanzierungsgesellschaft unter dem Dach der Kontrollbank und unter Beteiligung der Banken bis zu 1 Mrd. € an Krediten an österreichische Unternehmen vergeben. Sie wird von der Republik garantierte Anleihen emittieren. Die Rahmenbedingungen der Mitarbeiterbeteiligungsstiftungen sollen flexibler und praxisgerechter gestaltet werden.

Um die Modernisierung der Infrastruktur zu beschleunigen, wird ein kommunales Investitionsprogramm analog zur Investitionsprämie für Klein- und Mittelbetriebe zusätzliche Investitionen der Gemeinden mit einem förderbaren Anteil bis zu 25% und einer Förderhöhe bis 2 Mio. € unterstützen. Zur Finanzierung kommunaler Investitionsprojekte soll zudem privates Kapital über institutionelle Investoren wie Versicherungen und Pensionsfonds zur Verfügung gestellt werden. Die öffentlichen Auftraggeber entrichten ein fixes Verfügbarkeitsentgelt für die Nutzung.

Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen umfassen die Einführung der Ausbildungsgarantie bis 25 Jahre für arbeitslose junge Erwachsene, die durch das AMS bereits länger als vier Monate nicht vermittelt werden konnten, und die Weiterentwicklung der Rot-Weiß-Rot-Karte durch die Einbeziehung von Bachelor, Doktoraten und PhD in die Kategorie Studienabsolventen. Eine Mangelberufsliste<sup>2)</sup> wird mit den Sozialpartnern erstellt.

Reform der Gewerbeordnung

**2. November:** Die Bundesregierung einigt sich auf eine Reform der Gewerbeordnung. Die 80 reglementierten Gewerbe sollen unverändert bleiben, von den 21 teilreglementierten Gewerben werden künftig 19 frei zugänglich sein.

Bundesfinanzgesetz 2017

**24. November:** Der Nationalrat beschließt das Bundesfinanzgesetz 2017. Es sieht Einnahmen von 73,2 Mrd. € und Ausgaben von 77,5 Mrd. € vor. Das gesamtstaatliche Defizit nach Maastricht-Abgrenzung wird mit 1,2% des BIP, das des Bundes mit 1,4% veranschlagt. Bedingt durch die Mehrkosten für Flüchtlingsbetreuung und Terrorbe-

<sup>1)</sup> Keil, A., "Wirtschaftschronik. II. Quartal 2016", WIFO-Monatsberichte, 2016, 89(7), S. 487, <http://monatsberichte.wifo.ac.at/58907>.

<sup>2)</sup> <http://www.migration.gv.at/de/formen-der-zuwanderung/dauerhafte-zuwanderung/fachkraefte-in-mangelberufen/mangelberufsliste-2017/>.

kämpfung sowie Bankenhilfsmaßnahmen steigt das strukturelle Defizit auf 0,9% des BIP (ohne diese Mehrausgaben 0,5% des BIP). Die Schuldenquote des Gesamtstaates soll von 83,2% des BIP 2016 auf 80,9% 2017 sinken<sup>3)</sup>.

**15. Dezember:** Das Finanzausgleichsgesetz 2017, das die Verteilung der Steuereinnahmen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden regelt, wird im Nationalrat beschlossen. Es sieht erste Schritte in Richtung einer Aufgabenorientierung und Abgabenautonomie der Bundesländer vor. Die Kindergärten (ab 2018) und Pflichtschulen (ab 2019) der Gemeinden erhalten ihre Zuweisungen nach der Zahl der betreuten Kinder und den Öffnungszeiten. Der Wohnbauförderungsbetrag wird zu einer ausschließlichen Landesabgabe mit voller Tarifautonomie umgestaltet. Die Bauordnungen der Länder werden nach österreichweit einheitlichen Kriterien gestaltet. Die Länder erhalten einen einmaligen Zuschuss von 125 Mio. € für die Integration von Migranten und Migrantinnen. Aus den Mitteln eines neuen Strukturfonds werden finanzschwache Gemeinden und Abwanderungsgebiete unterstützt. Durch eine für Bund und Länder (einschließlich Wiens) verbindliche Vereinbarung ("Art.-15a-Vereinbarung") sind alle Haftungen mit einer einheitlichen Methode zu berechnen und werden mit 175% der jeweiligen Jahreseinnahmen begrenzt. Für Gemeinden gilt eine Haftungen-Einnahmen-Quote von 75%.

Finanzausgleichsgesetz 2017

**30. Dezember:** Das Abgabenänderungsgesetz 2016 sieht eine Senkung der Bankenabgabe (Stabilitätsabgabe) vor. Im Gegenzug leisten die Banken eine über die Jahre 2017 bis 2020 verteilte Einmalzahlung von insgesamt 1 Mrd. € brutto (750 Mio. € netto nach Berücksichtigung des Körperschaftsteuerentfalls aufgrund der steuerlichen Abzugsfähigkeit dieser Einmalzahlung). Die Mittel sollen in den Ausbau von Ganztagschulen fließen.

Abgabenänderungsgesetz  
2016

<sup>3)</sup> Siehe dazu im Detail Schratzenstaller, M., "Vielfältige Herausforderungen für die Budgetpolitik. Bundesfinanzrahmen 2017 bis 2020 und Bundesvoranschlag 2017", WIFO-Monatsberichte, 2017, 90(1), S. 37-50, <http://monatsberichte.wifo.ac.at/59261>.